

Darüber schweigt Europa lieber: Die EU wird bei der Atomkraft noch lange von Russland abhängig sein

Die EU will keine Energie mehr vom feindlichen Nachbarn beziehen. Beim Gas ist ein Auslaufen der Importe absehbar. Im Nuklearbereich ist die Loslösung um einiges schwieriger.

Daniel Imwinkelried, Brüssel 18.04.2026, 05.30 Uhr ⌚ 4 Leseminuten



Das Atomkraftwerk im finnischen Loviisa ist eines von vielen in Europa, die einen russischen Reaktor nutzen.

Anne Kauranen / Reuters

Europa müsse die Lehren ziehen aus der neuerlichen Verknappung fossiler Energie, hat die EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen diese Woche gesagt. Die Lösung des Problems, das der Iran-Krieg

geschaffen hat, lautet aus ihrer Sicht: Elektrifizierung, die auf heimischen Quellen beruht. Konkret nannte von der Leyen erneuerbare Energie und Nuklearkraft.

Allerdings ist Europa bei der Atomkraft längst nicht so autonom, wie sich das von der Leyen und die EU-Kommission wahrscheinlich wünschen. Trotz grossen Bemühungen ist der Kontinent nach wie vor stark von Russland abhängig. 25 Prozent des angereicherten Urans, das EU-Länder benötigen, stammen angeblich noch immer von dort. Und es wird Jahre dauern, bis Europa sich vom feindlichen Nachbarn Russland endgültig emanzipiert haben wird.

Technische Abhängigkeit von Russland

Doch darüber schweigt man in Brüssel. Dabei ist das Ziel der EU klar: Bei der Energie will man sich von Russland ein für alle Mal lösen, auch im Nuklearbereich. «Wir wollen nicht mehr dazu beitragen, Russlands Kriegskasse zu füllen», hat der EU-Energie-Kommissar Dan Jørgensen wiederholt betont.



Auch russisches Erdöl fließt via die Druschba-Leitung noch nach Europa: Sein Anteil ist allerdings klein im Vergleich mit der Abhängigkeit bei russischem Uran.

Jedrzej Wojnar / Reuters

Beim Gas hat die EU den Ausstieg diesen Januar nach langem Hin und Her endgültig beschlossen. Spätestens ab November 2027 soll keines mehr von Russland nach Europa gelangen. Derzeit hat es noch einen Anteil von 15 Prozent.

Russisches Erdöl kommt derweil via Tanker gar nicht mehr in die EU, sondern lediglich via die Druschba-Pipeline. Auch diese Verbindung möchte die EU kappen, Ungarn und die Slowakei legen sich aber quer.

Finanziell, politisch und strategisch gesehen stellt Pipeline-Öl für die EU eine Nebensächlichkeit dar. Lediglich zwei Prozent der Rohölimporte kommen via die Druschba-Pipeline nach Europa. Ungarn und die Slowakei könnten sich zudem von Russland abnabeln und Erdöl via eine kroatische Röhre beziehen. Aber vor allem Ungarns Ministerpräsident

Viktor Orban sperrte sich gegen eine solche Lösung, vielleicht nimmt die neue Regierung eine andere Position ein.

Bei der Nuklearenergie ist Europas Lage dramatischer und komplexer. Denn die Abhängigkeit von Russland ist technischer Natur. In der EU sind noch 19 Atomreaktoren des russischen Typs VVER am Netz, so in Tschechien, Finnland, Ungarn und der Slowakei.

Die europäische Lösung kommt erst 2035

Je nach Land produzieren die Reaktoren zwischen 10 und 50 Prozent der Elektrizität. Teilweise sind sie nach wie vor auf russische Brennstäbe angewiesen, Lieferant ist die russische Nuklearfirma Rosatom. Es gibt zwar ein Alternativangebot des amerikanischen Unternehmens Westinghouse, das Brennelemente in Schweden herstellt.



Der russische Nuklearkonzern Rosatom baut im ungarischen Paks ein neues Atomkraftwerk. Dabei will Europa bei der Energieversorgung eigentlich unabhängig von Russland werden.

Die Umrüstung der VVER-Reaktoren benötigt allerdings Zeit. Einzelne Länder scheinen damit wenigstens weit fortgeschritten zu sein. Ein Vertreter des tschechischen Energieversorgers CEZ sagt, 2029 werde man sich dank Westinghouse aus der Abhängigkeit Russlands gelöst haben.

Darüber hinaus arbeitet die französische Atomkraftfirma Framatome an einer rein europäischen Lösung, um die VVER-Reaktoren mit Nuklearmaterial zu versorgen. Das hat die Firma vor einer Woche bekanntgegeben.

Die Produktion soll 2028 anlaufen. Wann die Auslieferung in grossen Mengen jedoch beginnt, sagt Framatome nicht. NPP, Ungarns Atomkraftbetreiber, meint allerdings auf Anfrage, beim Angebot von Framatome handle es sich um ein langfristiges Vorhaben. Die Brennstäbe müssten zuerst getestet und lizenziert werden. Dieser Prozess sei bei NPP erst Mitte der 2030er Jahre abgeschlossen.

Die Ukraine setzte auf Westinghouse statt auf Rosatom

Die Ukraine, die einst ebenfalls auf VVER-Reaktoren setzte, war im Vergleich mit den EU-Staaten weitsichtiger. Das Land bekam Putins feindliche Haltung schon vor über zwanzig Jahren zu spüren, als Europa noch überzeugt war, dass mit dem Autokraten ein Auskommen möglich sei. 2014 hat der ukrainische Kraftwerksbetreiber Energoatom mit Westinghouse einen Vertrag geschlossen über die Lieferung von nuklearem Brennstoff. Die Ukraine hing bei der Gasversorgung stark von Russland ab und strebte danach, sich wenigstens im Nuklearbereich vom Nachbarn zu lösen.

Das russische Aussenministerium nannte diesen Schritt damals «ein gefährliches Experiment» und wollte die Ukraine damit offensichtlich einschüchtern.

Russland missfiel die Neuausrichtung der ukrainischen Nuklearwirtschaft nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen. Rosatom ist weit mehr als nur ein kommerzielles Unternehmen. Es stellt ein Instrument des Kremls dar, um andere Länder langfristig an sich zu binden. Heute litte die Ukraine unter einem noch grösseren Energieproblem, wenn sie sich vor elf Jahren nicht dafür entschieden hätte, mit Westinghouse zu kooperieren.

Die EU wird sich hingegen nicht so schnell aus der Abhängigkeit von Russlands Nuklearwirtschaft befreien können, obwohl dies ihr grosses Ziel ist. Verantwortliche äussern sich nur vage und ungerne darüber, wann dieser Schritt endlich erfolgen wird.

Wie es heisst, könnte das erst 2034 der Fall sein. Bei der Kommission geht man offenbar davon aus, dass die Nachfrage der EU und anderer westlicher Staaten nach aufbereitetem Uran von befreundeten Ländern vorher nicht gedeckt werden kann. Europas Versorgung mit nuklearem Brennstoff bleibt vorerst also risikobehaftet, auch wenn sich das von der Leyen anders vorstellt.